

## **Verordnung über die Ausrichtung von kantonalen Beiträgen an Abwasser- und Abfallanlagen (Beitragsverordnung)**

Gestützt auf Artikel 33 Absatz 2 des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Kantonales Gewässerschutzgesetz, KGSchG) vom 8. Juni 1997 <sup>1)</sup> und Artikel 16 der Verordnung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Kantonale Gewässerschutzverordnung, KGSchV) vom 27. Januar 1997 <sup>2)</sup>

von der Regierung erlassen am 24. Februar 1998

---

### **I. Allgemeine Bestimmungen**

#### **Art. 1**

Die Verordnung regelt die Ausrichtung von Beiträgen des Kantons an Vorhaben gemäss den Artikeln 31 und 32 des kantonalen Gewässerschutzgesetzes <sup>3)</sup>. Zweck

### **II. Beitragsberechtigte Vorhaben**

#### **Art. 2**

Die Beitragsberechtigung für Vorhaben gemäss Artikel 31 des kantonalen Gewässerschutzgesetzes <sup>4)</sup> richtet sich nach den Vorschriften des Bundes. Vom Bund unterstützte Vorhaben

#### **Art. 3**

<sup>1)</sup> Beiträge für beitragsberechtigte Vorhaben gemäss Artikel 32 des kantonalen Gewässerschutzgesetzes <sup>5)</sup> werden geleistet an: Vom Kanton unterstützte Vorhaben

- a. die erstmalige Erstellung;
- b. die Erweiterung;

1. Grundsatz

<sup>2)</sup> An die Planungskosten von Vorhaben, die nicht realisiert werden, werden keine Beiträge geleistet.

---

<sup>1)</sup> BR 815.100

<sup>2)</sup> BR 815.200

<sup>3)</sup> BR 815.100

<sup>4)</sup> BR 815.100

<sup>5)</sup> BR 815.100

**Art. 4**

2. Abwasser-  
anlagen  
a) Erweiterungen

Als beitragsberechtigte Erweiterungen gelten solche, die notwendig geworden sind:

- a. wegen der baulichen Entwicklung im Einzugsgebiet der Anlage;
- b. weil ein höherer Reinigungsgrad oder eine zusätzliche Behandlung des Klärschlammes erforderlich ist.

**Art. 5**

b) Zentrale  
Abwasserreini-  
gungsanlagen

Zentrale Abwasserreinigungsanlagen sind beitragsberechtigt, wenn das daran angeschlossene Gebiet von mindestens 30 ständigen Einwohnern bewohnt wird.

**Art. 6**

c) Sammel-  
leitungen

<sup>1</sup> Beitragsberechtigte Sammelleitungen ausserhalb von Bauzonen sind Verbindungsleitungen zwischen:

- a. zwei überbauten Gebieten;
- b. einem überbauten Gebiet und der zentralen Abwasserreinigungsanlage;
- c. der zentralen Abwasserreinigungsanlage und der Einleitung des gereinigten Abwassers in ein Gewässer oder in den Untergrund;
- d. einem überbauten Gebiet und der Versickerung von unverschmutztem Abwasser oder dessen Einleitung in ein oberirdisches Gewässer.

<sup>2</sup> Ein Gebiet gilt als überbaut, wenn es von mindestens 30 ständigen Einwohnern bewohnt wird oder eine Siedlung von mindestens fünf ständig bewohnten Gebäuden umfasst.

**Art. 7**

3. Abfallanlagen

Beitragsberechtigte Anlagen zur Behandlung und Verwertung von Siedlungsabfällen sind:

- a. regionale Anlagen zur physikalischen Behandlung (wie z.B. Sortieren oder Zusammenpressen) von Siedlungsabfällen;
- b. Anlagen zur thermischen Behandlung von Siedlungsabfällen, einschliesslich Anlagen zur Behandlung von Schlacke und Rauchgasreinigungsrückständen;
- c. Anlagen zur Verwertung von getrennt gesammelten pflanzlichen Abfällen aus einem Einzugsgebiet von mindestens 30'000 Einwohnern.

**III. Anrechenbare Kosten****Art. 8**

Vom Bund  
unterstützte  
Vorhaben

Die anrechenbaren Kosten werden nach den Vorschriften des Bundes ermittelt.

**Art. 9**

<sup>1</sup> Anrechenbar sind die Kosten, die unmittelbar mit der Planung und Ausführung des beitragsberechtigten Vorhabens zusammenhängen. Dazu gehören auch die Kosten für Pilotanlagen.

Vom Kanton unterstützte Vorhaben  
1. Grundsatz

<sup>2</sup> Nicht anrechenbar sind insbesondere:

- a. Kosten für den Landerwerb;
- b. Gebühren und Steuern (ausgenommen die Mehrwertsteuer);
- c. Kosten wie z.B. Kapital- und Verzugszinsen, Versicherungsprämien, Sitzungsgelder, Anwalts- und Gerichtskosten, Kosten für die Information der Bevölkerung.

**Art. 10**

<sup>1</sup> Die anrechenbaren Kosten werden anteilmässig gekürzt, wenn:

2. Kürzungen

- a. bei Abwasseranlagen das Abwasser eines einzelnen Industriebetriebs bei Trockenwetterabfluss mehr als 10 Prozent des Abwassers beträgt, das nicht aus der Industrie stammt;
- b. bei Sammelleitungen, die von mindestens zwei Gemeinden benützt werden und innerhalb von Bauzonen liegen, eine Gemeinde diese auf ihrem Gebiet zu mehr als 80 Prozent benützt.

<sup>2</sup> Bei Abfallanlagen, deren Kapazitäten zu einem wesentlichen Teil der Behandlung oder Verwertung von anderen als Siedlungsabfällen dienen, entscheidet die Regierung im Einzelfall über die anteilmässige Kürzung.

**IV. Bemessung der Beiträge****Art. 11**

Massgebend für die Bemessung der Beiträge ist die Finanzkraft der Gemeinden zur Zeit der Beitragszusicherung gemäss Artikel 12 der Vollziehungsverordnung zum Gesetz über den interkommunalen Finanzausgleich <sup>1)</sup>.

Grundsatz

**Art. 12**

<sup>1</sup> Bei Vorhaben oder Anlagen, die von mehreren Gemeinden gemeinsam durchgeführt oder erstellt werden, werden die Beiträge nach Massgabe der Finanzkraft der einzelnen Gemeinden und ihrer Einwohnerzahl geleistet.

Mehrere Gemeinden

<sup>2</sup> An Vorhaben und Anlagen in gesamtkantonalem Interesse kann die Regierung Beiträge bis zum maximalen Beitragssatz ausrichten.

---

<sup>1)</sup> BR 730.210

**Art. 13**Beiträge an  
Private

Erstellen Private anstelle von Gemeinden beitragsberechtigte Anlagen, werden den Privaten jene Beiträge ausgerichtet, die den Gemeinden ausgerichtet würden, wenn diese die Anlagen erstellen würden.

**Art. 14**

Abwasseranlagen

Die Kantonsbeiträge an Abwasseranlagen werden nach der Finanzkraft der Gemeinden wie folgt abgestuft:

Finanzkraftgruppe 1	07 Prozent
Finanzkraftgruppe 2	14 Prozent
Finanzkraftgruppe 3	20 Prozent
Finanzkraftgruppe 4	25 Prozent
Finanzkraftgruppe 5	30 Prozent

**Art. 15**

Abfallanlagen

Die Kantonsbeiträge an Abfallanlagen werden nach der Finanzkraft der Gemeinden wie folgt abgestuft:

Finanzkraftgruppe 1	05 Prozent
Finanzkraftgruppe 2	10 Prozent
Finanzkraftgruppe 3	15 Prozent
Finanzkraftgruppe 4	20 Prozent
Finanzkraftgruppe 5	25 Prozent

**V. Zuständigkeit und Verfahren****Art. 16**

Gesuch

<sup>1</sup> <sup>1)</sup> Gesuche um Beiträge sind vor Inangriffnahme des Vorhabens schriftlich dem Amt für Natur und Umwelt (Amt) einzureichen.

<sup>2</sup> Dem Beitragsgesuch sind folgende Unterlagen beizulegen:

- a. Bedarfsnachweis;
- b. Bauprojekt mit technischem Bericht und Kostenvoranschlag;
- c. Baubeschluss;
- d. Kreditbeschluss;
- e. allenfalls weitere Unterlagen wie Umweltverträglichkeitsbericht beziehungsweise Bericht über die Umweltauswirkungen, Gesuchsunterlagen für allfällige weitere notwendige Bewilligungen beziehungsweise die erteilten Bewilligungen.

---

<sup>1)</sup> Fassung gemäss Anhang 2 RVOV; AGS 2006, KA 4301; am 1. Januar 2007 in Kraft getreten

**Art. 17**

- <sup>1</sup> <sup>1)</sup> Die Beitragsgesuche werden vom Amt geprüft. Beitrags-  
verfügung
- <sup>2</sup> Sind die Beitragsvoraussetzungen erfüllt, wird der Beitrag in einer Verfügung zugesichert.

**Art. 18**

- <sup>1</sup> <sup>2)</sup> Das Amt ist für die Zusicherung und Ausrichtung von Beiträgen bis 50'000 Franken je Gesuch zuständig. Zuständigkeit
- <sup>2</sup> Beiträge bis 100 000 Franken je Gesuch gewährt das Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement.
- <sup>3</sup> Die Gewährung darüber hinausgehender Beiträge fällt in die Zuständigkeit der Regierung.

**Art. 19**

- <sup>1</sup> <sup>3)</sup> Wesentliche Änderungen an Vorhaben, für welche Beiträge zugesichert wurden, sowie Änderungen, welche eine Anpassung der Beiträge zur Folge haben können, sind dem Amt vor Inangriffnahme mitzuteilen. Projektän-  
derungen
- <sup>2</sup> Für eine Anpassung der Beitragszusicherung ist ein entsprechendes Gesuch einzureichen.

**Art. 20**

- <sup>1</sup> <sup>4)</sup> Dem Amt sind zur Beitragsabrechnung einzureichen: Abrechnung
- a. Alle Rechnungen und Zahlungsbelege im Original;
  - b. Teuerungsabrechnung;
  - c. Dokumentation über das ausgeführte Werk.
- <sup>2</sup> Die Unterlagen nach Buchstaben b. und c. sind mit der Schlussabrechnung einzureichen.

**VI. Schlussbestimmungen****Art. 21**

- Über Beitragsgesuche, die vor dem 1. November 1997 eingereicht worden sind, wird nach dem bisher geltenden Recht entschieden. Übergangs-  
bestimmung

---

<sup>1)</sup> Fassung gemäss Anhang 2 RVOV; AGS 2006, KA 4301; am 1. Januar 2007 in Kraft getreten

<sup>2)</sup> Fassung gemäss Anhang 2 RVOV; AGS 2006, KA 4301; am 1. Januar 2007 in Kraft getreten

<sup>3)</sup> Fassung gemäss Anhang 2 RVOV; AGS 2006, KA 4301; am 1. Januar 2007 in Kraft getreten

<sup>4)</sup> Fassung gemäss Anhang 2 RVOV; AGS 2006, KA 4301; am 1. Januar 2007 in Kraft getreten

**Art. 22**

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. März 1998 in Kraft.